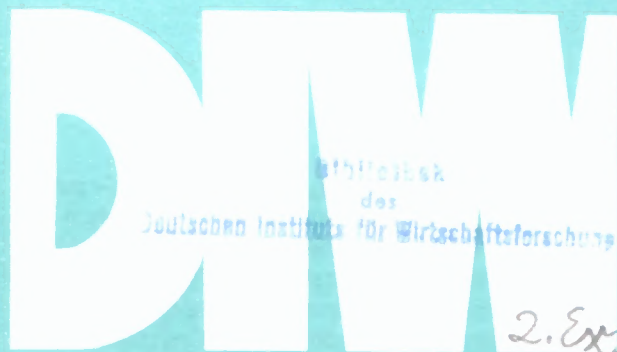




DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 17-18/79

Berlin

26. April 1979

46. Jahrgang

Zur Abhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland von Mineralölimporten

Bereits nach der Erdölkrise vom Herbst 1973 hatte das DIW untersucht, wie sich die — damals drastische — Erhöhung des Rohölpreises im Falle einer Überwälzung der entsprechenden Zusatzkosten auf die sektoralen Preisniveaus auswirkt¹. Im Zusammenhang mit der politischen Umwälzung im Iran ist erneut Bewegung in den Erdölmarkt gekommen. Die Situation ist jedoch derzeit grundlegend anders als 1973: Zwar wurde der Rohölpreis noch mehr heraufgesetzt als die OPEC im Dezember 1978 beschlossen hatte; eine ebenso drastische Verteuerung des Rohöls, wie sie 1973/74 vorgenommen wurde, ist indes nicht wahrscheinlich. Für das ganze Jahr 1979 zeichnet sich eine Erhöhung der Preise für Rohöl und importierte Mineralölprodukte um 20 vH bis 30 vH ab. Eine solche Entwicklung dürfte nur in wenigen Wirtschaftsbereichen zu nennenswerten Kostensteigerungen führen. Der Effekt auf das gesamte Preisniveau wäre bei Überwälzung der entsprechenden Mehrkosten mit 0,5 vH bis 0,7 vH anzusetzen.

Anders als 1973/74 ist dieses Mal aber mit einer länger anhaltenden Angebotsverknappung bei Rohöl zu rechnen. Es erscheint nicht unrealistisch, im Durchschnitt des Jahres 1979 mit einem Minderangebot an Erdöl von etwa 5 vH zu rechnen. Diese Verknappung könnte in marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften mit zusätzlichen Preiserhöhungen auf nachgelagerten Verarbeitungsstufen einhergehen, um die Nachfrage nach direkt und indirekt ölhaltigen Produkten an das reduzierte Angebot anzupassen. Mit Hilfe der Input-Output-Rechnung wurde quantifiziert, in welche Verwendungen das Erdöl Mitte der siebziger Jahre direkt und indirekt geflossen ist. Damit liegen Anhaltspunkte über die Mineralölintensität der Komponenten der Endnachfrage — gegliedert nach Produkten — vor.

Im Jahre 1972, also vor der Erdölkrise, importierte die Bundesrepublik Deutschland 139 Mill. t Rohöl und Mineralölprodukte im Werte von 10,7 Mrd. DM; im Jahre 1977 waren es 135 Mill. t für 35 Mrd. DM. Die Ölpreise haben sich also in diesen fünf Jahren mehr als verdreifacht. Diese Entwicklung hat zwar lediglich zu einer leichten Verringerung der importierten Rohölmengen geführt, gemessen am Bruttosozialprodukt ist die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Mineralölimport jedoch deutlich zurückgegangen.

Die folgenden Berechnungen basieren auf der Input-Output-Tabelle des DIW für das Jahr 1972², unterteilt nach 56 Produktionssektoren und mit fünf Endnachfragekomponenten (privater Verbrauch,

¹ Vgl. Erdölkrise: Auswirkungen auf Preisniveau und Preisgefüge in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Detlef Filip und Renate Filip-Köhn. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 3/1974.

² R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels: Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972. In: Beiträge zur Strukturformung des DIW. Heft 38/1975.

öffentlicher Verbrauch, Anlageinvestitionen, Vorratsveränderungen, Ausfuhr). In bezug auf den Rohstoff Erdöl wurde versucht, diese Tabelle mit aktualisierten Daten zu ausgewählten Mineralölderivaten zu verknüpfen, um Aufschluß über die wirtschaftliche Verflechtung Mitte der siebziger Jahre zu erhalten³.

Die Tabelle zeigt zunächst, in welche Bereiche der Endnachfrage die importierten Mengen an Rohöl und Mineralölprodukten fließen. So induziert der private Verbrauch direkt und indirekt gut die Hälfte aller Ölimporte (51,8 vH); ein Viertel des Rohöleinsatzes wird benötigt, um die Exportproduktion zu erbringen; das übrige knappe Viertel entfällt auf öffentlichen Verbrauch (7,4 vH) und Anlageinvestitionen (15,6 vH).

Die Aufschlüsselung nach Lieferbereichen⁴ macht deutlich, daß lediglich 38 vH des Erdöls als „erdölnahe“ Produkte in die Endverwendung fließen: die Lieferungen der Mineralölverarbeitung (34,0 vH) und die Direktimporte (4,1 vH). Dabei handelt es sich beim privaten Verbrauch fast ausschließlich um Vergaserkraftstoff und Heizöl; ähnlich ist es beim öffentlichen Verbrauch und bei den Anlageinvestitionen. Beim Export sind dagegen nicht-energetische Mineralölderivate stärker vertreten.

Knapp zwei Drittel (62 vH) des Mineralölimports werden als energetische oder nicht-energetische Derivate im Produktionsprozeß eingesetzt, d. h. sie werden verbraucht (z. B. Dieselkraftstoff für Transportleistungen) oder sie sind direkt im Endprodukt enthalten (z. B. Bitumen in den Leistungen des Straßenbaus). Die Tabelle weist aus, in welchem Ausmaß für die Lieferungen der einzelnen Sektoren an die Endnachfrage Erdölderivate in nicht-energetischer Form verwendet werden.

Zur Verdeutlichung: In den Produkten der Landwirtschaft, die an die Endnachfrage gehen, sind 1,1 vH des gesamten Erdölimports enthalten. Davon entfällt der größte Teil (annähernd 1 vH des Gesamtimports) auf den Einsatz von leichtem Heizöl, Dieselkraftstoff und Motorenbenzin in der Landwirtschaft selbst sowie auf den Energieverbrauch ihrer Vorleistungslieferanten; 0,12 vH des Erdölimports fließen als nicht-energetische Vorleistungen — beispielsweise der chemischen Industrie und der Kunststoffverarbeitung — in die Endprodukte der Landwirtschaft.

Insgesamt wurden Mitte der siebziger Jahre 18 vH der importierten Mineralölmenge in nicht-energetischer Form verwendet. Bei diesen Derivaten handelt es sich um Vorprodukte für die Petrochemie, aber in nennenswertem Ausmaß auch um Produkte wie Petrolkoks, Bitumen und Schmiermittel. Trotz des vergleichsweise geringen Anteils der nicht-energetischen Verwendung an der gesamten Einsatzmenge

läßt sich ein Minderverbrauch an Mineralöl — zumindest kurzfristig — nicht allein auf ein Problem des Energiesparens reduzieren, zumal das Ausbringungsverhältnis der einzelnen Derivate zueinander (Destillationssäule) aufgrund produktionstechnischer Gegebenheiten nur begrenzt variiert werden kann.

Da sämtliche Wirtschaftsbereiche direkt und/oder indirekt vom Erdölimport abhängen (schon über das mineralölintensive Transportsystem in unserer Wirtschaft), ist allen Marktteilnehmern bei Engpaßsituationen auf dem Rohölmarkt eine nicht ganz leichte Aufgabe gestellt. Eine proportionale Kürzung des Mineralölverbrauchs in allen Verwendungsbereichen wäre volkswirtschaftlich sicherlich nicht optimal. Sie würde außer acht lassen, daß es Wirtschaftszweige gibt, deren Mineralölbedarf gemessen am Output relativ gering, als Input aber unverzichtbar ist. Eine Reduzierung des Verbrauchs in diesen Branchen ist nicht ohne kurzfristige Störungen im Produktionsablauf möglich.

Unter dem Aspekt, längerfristig die Abhängigkeit von Rohölimporten zu reduzieren, d. h. Zwischen- und Endnachfrage auf Substitute zu verweisen, dürften deshalb auch Veränderungen der relativen Preise der Mineralölprodukte kaum zu umgehen sein. Unterschiede in der Kostenwirkung der Mineralölvertteuerung auf alle übrigen Produkte ergeben sich dann aus zwei Gründen — einmal aus dem unterschiedlich hohen Mineralölgehalt der Erzeugnisse, zum anderen aus der Veränderung der relativen Preise von Mineralölprodukten. Wie die letzte Spalte der Tabelle zeigt, sind in der augenblicklichen Situation drastische Preiserhöhungen in keinem Falle mit der Vertteuerung des Mineralöls zu begründen. Bei einer Vertteuerung des Rohöls um 25 vH im Durchschnitt des Jahres 1979 wären lediglich die Produkte der Mineralölverarbeitung selbst nennenswert betroffen; sie würden sich bei einer Überwälzung der Mehrkosten für den Ölimport um 16,5 vH vertteuern. Während der Kostenniveaueffekt im Durchschnitt der chemischen Industrie mit 1,8 vH noch vergleichsweise hoch anzusetzen ist, fällt er bei ihren Abnehmern nicht mehr so stark ins Gewicht. Selbst die relativ erdölintensive kunststoffverarbeitende Industrie bleibt insgesamt mit 1,5 vH unter dieser Rate. Der niedrige Wert für die Wohnungsvermietung (0,2 vH) ist dadurch zu erklären, daß der Heizölverbrauch als Lieferung der Mineralölverarbeitung an den privaten Verbrauch verbucht ist.

³ D. Filip und R. Filip-Köhn (DIW), A. Geissler, M. Röhrich und H.-S. Ziervogel (Infratest-Industria): Verwendung und Bedeutung von Mineralöl in der deutschen Wirtschaft. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft (vor Fertigstellung).

⁴ Es werden nur die Lieferbereiche ausgewiesen, die direkt und indirekt insgesamt mindestens 0,5 vH des Erdölimports in Anspruch nehmen.

Direkter und Indirekter Mineralölgehalt der Endnachfrage
in vH des mengenmäßigen Imports von Rohöl und Mineralölprodukten, Strukturdaten Mitte der siebziger Jahre

an von	Privater Verbrauch	Öffentlicher Verbrauch	Anlage- investitionen	Ausfuhr	Endnachfrage		Kostenniveaueffekte bei einer Erhöhung des Rohölpreises um 25 vH in vH
					Insgesamt ¹⁾	darunter nicht- energetisch	
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	0,1	0,1	0,2	1,1	0,12	0,5
Elektrizitätswirtschaft	1,9	0,3	0,5	0,1	2,7	0,10	1,3
Gas- u. Wasserwirtschaft	0,3	0,1	0,1	0,0	0,5	0,11	0,6
Industrie der Steine und Erden	0,1	0,0	0,3	0,2	0,7	0,06	1,4
Eisenschaffende Industrie	0,0	0,0	0,1	1,1	1,2	0,21	0,6
Chemische Industrie	1,5	1,0	0,3	6,8	9,5	5,34	1,8
Mineralölverarbeitung	25,0	2,7	0,2	6,3	34,0	2,42	16,5
Maschinenbau	0,1	0,0	1,3	1,6	3,0	0,77	0,3
Straßenfahrzeugbau	0,7	0,1	0,9	1,7	3,3	0,78	0,4
Elektrotechnische Industrie	0,4	0,1	1,0	0,8	2,3	0,82	0,3
EBM-Industrie	0,2	0,0	0,1	0,3	0,7	0,17	0,3
Holzverarbeitende Industrie	0,4	0,0	0,2	0,1	0,7	0,18	0,4
Kunststoffverarbeitende Industrie	0,2	0,0	0,0	0,5	0,8	0,54	1,5
Textilindustrie	0,9	0,0	0,0	0,3	1,2	0,27	0,5
Bekleidungsindustrie	0,6	0,0	0,0	0,1	0,7	0,14	0,3
Sonst. Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	2,1	0,1	0,0	0,2	2,5	0,27	0,4
Handwerk u. sonst. Prod. Gewerbe	3,0	0,1	0,8	0,1	4,1	0,57	0,3
Baugewerbe	0,1	0,5	8,3	0,1	8,9	3,18	0,5
Großhandel	0,1	0,1	0,4	0,3	1,0	0,07	0,2
Einzelhandel	2,5	0,1	0,1	0,0	2,7	0,30	0,2
Schifffahrt, Wasserstraßen u. Häfen	0,1	0,0	0,0	1,7	1,9	0,02	2,2
Übriger Verkehr	1,1	0,2	0,1	0,4	1,9	0,12	1,1
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	0,4	0,1	0,0	0,0	0,5	0,04	0,2
Wohnungsvermietung	1,5	0,0	0,0	0,0	1,5	0,22	0,2
Sonstige Dienstleistungen	1,6	0,9	0,2	0,3	2,9	0,37	0,2
Übrige Sektoren	2,4	0,6	0,6	2,0	5,6	1,04	-
Direktimporte	3,8	0,3	0,0	0,0	4,1	-	-
Insgesamt	51,8	7,4	15,6	25,2	100,0	18,23	0,6

1) Zeilenweise Differenzen durch Rundung und nicht ausgewiesene Vorratsveränderungen.
Quelle: Input-Output-Rechnung des DIW.

Noch geringer sind die Unterschiede des Preisauftriebs bei den einzelnen Bereichen der Endnachfrage. Bei einer Preiserhöhung des Rohöls um 25 vH wäre der Effekt auf das gesamte Preisniveau 0,6 vH.

Beim privaten Verbrauch (0,7 vH) und beim Export (0,8 vH) läge er etwas darüber, beim öffentlichen Verbrauch (0,4 vH) und bei den Anlageinvestitionen (0,3 vH) darunter.

Löhne und Gehälter in Berlin (West)

Ein interregionaler Vergleich für das Jahr 1977

Die relative Einkommensposition der Arbeitnehmer in Berlin (West) wird vom DIW jährlich im Auftrage des Senators für Arbeit und Soziales ermittelt. Dieser Bericht enthält die zusammengefaßten Ergebnisse für das Jahr 1977. Vergleichsgebiete sind die Bundesrepublik Deutschland und Hamburg.

Die Analyse beschränkt sich auf eine Betrachtung der Bruttolöhne und -gehälter, also der Einkommen vor Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Unberücksichtigt bleiben die Arbeitnehmerzulagen, die Berlinern aufgrund des Berlinförderungsgesetzes zufließen.

Einkommensposition gegenüber der Bundesrepublik Deutschland unverändert, gegenüber Hamburg leicht verbessert

Im Jahre 1977 betrug das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen eines Arbeitnehmers in Berlin 2 160 DM. Es lag um 1 vH über dem Verdienstniveau in der Bundesrepublik (2 140 DM), aber knapp 8 vH unter dem Hamburger Stand (2 340 DM). Der schon 1976 verzeichnete geringe Einkommensvorsprung gegenüber dem Bundesgebiet blieb damit erhalten, der Rückstand gegenüber der Hansestadt hat sich dagegen um 0,6 vH-Punkte vermindert.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet weichen die Einkommensrelationen teilweise stark voneinander ab. Ein Einkommensvorsprung Berlins gegenüber beiden Vergleichsgebieten ergibt sich nur bei der Energiewirtschaft. Höher als im Bundesdurchschnitt, aber niedriger als in Hamburg sind die Einkommen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, verar-

beitendes Gewerbe, Baugewerbe, Verkehr sowie Banken und Versicherungen. Ein Rückstand gegenüber beiden Gebieten zeigt sich beim Handel, bei den sonstigen privaten Diensten und im öffentlichen Dienst.

Bei der Interpretation von Vorsprüngen und Rückständen in der Einkommensposition Berlins sind allerdings regionale Unterschiede in der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur zu berücksichtigen, so im Anteil der Frauen an den Beschäftigten, im Verhältnis von Arbeitern und Angestellten und im Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Damit sind nur drei – wenngleich auch die wichtigsten und aufgrund vorhandener statistischer Daten auch quantifizierbaren – Strukturkomponenten genannt. Ihr Einfluß läßt sich wie folgt charakterisieren:

– Der relativ hohe Anteil der Frauen an der Zahl der Arbeitnehmer in Berlin führt zu einem geringeren Durchschnittseinkommen, weil Frauen im

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Berlin (West), in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾ und in Hamburg 1976 und 1977

Gebiet	Monatliches Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer				Zuwachs 1977 gegenüber 1976 in vH
	in DM		Berlin (West) in vH		
	1976 ²⁾	1977	1976 ²⁾	1977	
Berlin (West)	2 022	2 161	100,0	100,0	6,9
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾	1 999	2 137	101,2	101,1	6,9
Hamburg	2 207	2 344	91,6	92,2	6,2

1) Einschließlich Berlin (West). – 2) Die gegenüber der letzten Untersuchung geänderten Einkommensniveaus sind auf Revisionen der jeweiligen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Landesamt Hamburg, DIW.

Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Berlin (West), in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾ und in Hamburg im Jahre 1977

Wirtschaftsbereich	in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	unbereinigt	des Bundes		von Hamburg		
					strukturbereinigt ²⁾		unbereinigt	strukturbereinigt ²⁾	
					Unter- grenze	Ober- grenze		Unter- grenze	Ober- grenze
Produzierender Bereich									
Land- und Forstwirtschaft	1 878	1 321	1 887	142	144	145	100	103	103
Energie und Bergbau	2 618	2 570	2 525	102	96	99	104	103	103
Verarbeitendes Gewerbe	2 282	2 217	2 578	103	104	104	89	93	93
Baugewerbe	2 464	2 090	2 529	118	118	118	97	98	98
Verteilender Bereich									
Handel	1 655	1 699	2 027	97	98	98	82	84	84
Verkehr	2 246	2 211	2 423	102	107	107	93	96	96
Dienstleistungsbereich									
Banken und Versicherungen	2 396	2 215	2 541	108	108	109	94	93	94
Sonstige private Dienste	1 450	1 483	1 626	98	92	92	89	92	92
Öffentliche Dienste	2 573	2 691	2 794	96	102	102	92	96	96
Alle Wirtschaftsbereiche	2 161	2 137	2 344	101	102	103	92	93	93

1) Einschließlich Berlin (West). - 2) Bereinigung nach den Merkmalen Stellung im Beruf, Geschlecht und - für die Gesamtwirtschaft - Wirtschaftsbereiche.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Landesamt Hamburg, DIW.

Durchschnitt weniger verdienen als Männer — nicht zuletzt wegen häufigerer Teilzeitbeschäftigung.

- Der Anteil der Angestellten — sie verdienen im Durchschnitt mehr als Arbeiter — ist in Berlin höher als im Bundesgebiet, aber niedriger als in Hamburg. Dieser Strukturunterschied hat mithin nur im Vergleich zum Bundesgebiet einen positiven Effekt auf das Berliner Einkommensniveau.
- Die Verteilung der Arbeitnehmer auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche wirkt sich allein gegenüber Hamburg positiv auf das Berliner Einkommensniveau aus.

Bereinigt man die Berliner Einkommensposition um diese drei Strukturunterschiede, dann erhöht sich der Vorsprung gegenüber der Bundesrepublik um 1 bis 2 vH-Punkte¹. Gegenüber Hamburg vermindert sich der Rückstand um etwa 1 vH-Punkt.

Verarbeitendes Gewerbe: Leichter Einkommensvorsprung Berlins gegenüber dem Bundesgebiet

Im verarbeitenden Gewerbe² verdienten Arbeitnehmer 1977 in Berlin durchschnittlich 2 370 DM, in der Bundesrepublik Deutschland 2 350 DM und in Hamburg 2 700 DM monatlich. Die Berliner Verdienste nahmen dabei gegenüber 1976 mit 9,4 vH um 2 vH-Punkte schneller zu als die entsprechenden

Einkommen im Bundesgebiet (7,4 vH) und sogar um 3 vH-Punkte stärker als die in Hamburg (6,4 vH). Der regionale Vergleich zeigt einen leichten Vorsprung Berlins gegenüber dem gesamten Bundesgebiet (1 vH) und einen starken Rückstand gegenüber Hamburg (12 vH). Der Vorsprung Berlins vor dem Bundesgebiet resultiert allerdings aus strukturellen Vorteilen; er kehrt sich nach der Strukturbereinigung in einen Rückstand von 3 bis 4 vH um. Der Rückstand gegenüber Hamburg vermindert sich nach der Strukturbereinigung; er liegt dann zwischen 4 vH und 10 vH.

Ein interregionaler Vergleich der Durchschnittseinkommen in den in Berlin besonders gewichtigen Industriezweigen Elektrotechnik, Maschinenbau, Ernährung und Chemie — diese Branchen beschäftigen hier 66 vH, in der Bundesrepublik 43 vH und in Hamburg 44 vH aller industriellen Arbeitnehmer — zeigt deutliche Unterschiede. In der Elektroindustrie verdiente ein Arbeitnehmer in Berlin im Jahre 1977 durchschnittlich 2 380 DM im Monat und damit knapp 2 vH mehr als im Bundesgebiet (2 340 DM), aber

¹ Der Unschärfbereich entsteht durch eine nicht differenzierbare, methodisch bedingte Restgröße. Vgl. Burkhard Dreher: Zum Problem der Strukturbereinigung bei interregionalen Vergleichen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 3/1972, S. 214 ff.

² In die Untersuchung wurden Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten einbezogen; Betriebe des produzierenden Handwerks sind nicht berücksichtigt.

**Monatliches Bruttodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe¹⁾ in Berlin (West),
in der Bundesrepublik Deutschland und in Hamburg im Jahre 1977**

Gewerbegruppe/-zweig	in DM			Berlin (West) in vH					
	Berlin (West)	Bund	Hamburg	des Bundes			von Hamburg		
				unbe- reinigt	strukturbereinigt ²⁾		unbe- reinigt	strukturbereinigt ²⁾	
					Unter- grenze	Ober- grenze		Unter- grenze	Ober- grenze
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe									
Steine und Erden ³⁾	2 485	2 388	2 345	104	101	101	106	105	105
Eisen, NE-Metalle	2 418	2 432	2 808	99	102	102	86	90	91
Chemie	2 852	2 862	2 886	100	100	102	99	101	101
Sägewerke und Holzbearbeitung	2 449	2 010	2 186	122	123	123	112	110	111
Gummi und Asbest	.	2 301	2 399	.	.	.	.	.	.
Investitionsgüter- produzierendes Gewerbe									
Stahl- und Leichtmetallbau	2 605	2 598	2 674	100	100	100	97	97	98
Maschinenbau ⁴⁾	2 594	2 514	2 664	103	104	105	97	100	100
Straßenfahrzeugbau	2 487	2 719	2 514	91	94	94	99	101	101
Elektrotechnik	2 375	2 338	2 702	102	103	103	88	100	101
Feinmechanik und Optik	2 444	2 162	2 087	113	110	112	117	120	121
Stahlverformung und EBM-Waren	2 251	2 173	2 408	104	101	102	93	91	95
Verbrauchsgüter- produzierendes Gewerbe									
Feinkeramik und Glas	2 001	2 075	2 266	96	100	100	88	87	87
Holzverarbeitung	2 307	2 114	2 036	109	106	106	113	106	108
Musikinstrumente und Spielwaren	1 881	1 796	2 195	105	103	104	86	89	90
Papier- und Pappeverarbeitung	2 035	2 016	2 128	101	103	104	96	96	97
Druck	2 448	2 481	2 818	99	100	100	87	90	90
Kunststoffverarbeitung	1 915	2 051	2 084	93	98	98	92	95	96
Lederverarbeitung	.	1 564	.	.	.	.	.	.	.
Textil	1 711	1 804	1 710	95	95	96	100	102	104
Bekleidung	1 723	1 455	1 807	118	109	110	95	97	97
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe									
Ernährung	2 099	2 189	2 236	96	95	99	94	93	100
Tabak	2 408	2 323	.	104	108	111	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2 368	2 350	2 702	101	96	97	88	90	96

1) Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr; ohne produzierendes Handwerk. - 2) Bereinigt nach den Strukturmerkmalen Geschlecht und Stellung im Beruf der Arbeitnehmer; für das verarbeitende Gewerbe insgesamt zusätzlich nach Gewerbegruppen/-zweigen. - 3) Eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie, NE-Metallgießerei. - 4) In Berlin (West) und im Bund einschließlich Büromaschinen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistisches Landesamt Berlin, Statistisches Landesamt Hamburg, DIW.

12 vH weniger als in Hamburg (2 700 DM). Das monatliche Durchschnittseinkommen im Maschinenbau lag mit 2 590 DM um gut 3 vH über dem Bundesdurchschnitt (2 510 DM) und um knapp 3 vH unter dem Hamburger Wert (2 660 DM). Vergleichsweise gering sind in allen Regionen die Verdienste im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (ohne Tabak): Das durchschnittliche monatliche Arbeitnehmereinkommen betrug 1977 in Berlin 2 100 DM; es lag damit um 4 vH unter dem Niveau in der Bundesrepublik (2 190 DM) und um 6 vH unter dem Hamburger Durchschnitt (2 240 DM). Für die chemische Industrie, den Industriezweig mit den höchsten Durchschnittseinkommen, errechnet sich für Berlin bei einem Monateinkommen von 2 850 DM gegenüber der Bundesrepublik (2 860 DM) und Hamburg (2 890 DM) nur ein geringer Rückstand.

Auch im Verlauf des Jahres 1977 wurde die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen im verarbeitenden Gewerbe von strukturellen Veränderungen beeinflusst. Während sich die Zahl der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte, ging sie in den beiden Stadtstaaten erneut zurück. Die Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer im gesamten Bundesgebiet wurde dabei allein von den Angestellten getragen; in Berlin und Hamburg war der Rückgang bei den Arbeitern stärker als bei den Angestellten. Damit erhöhte sich der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten in allen drei Regionen. Die Verschiebung der Beschäftigtenstruktur zugunsten der mehr verdienenden Angestellten führte zu einem strukturbedingten Anstieg der durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen.

Im Regionalvergleich stellt sich die relative Einkommenssituation der beiden Arbeitnehmergruppen — Arbeiter und Angestellte — unterschiedlich dar. Die durchschnittlichen Verdienste der Angestellten in Berlin übertrafen 1977 mit monatlich 3 240 DM das Niveau der entsprechenden Einkommen im Bundesgebiet (3 140 DM) um 3 vH; der Rückstand gegenüber Hamburg (3 290 DM) betrug nur noch knapp 2 vH. Im Vorjahrsvergleich erzielten die Angestellten in Berlin mit 10,5 vH eine höhere durchschnittliche Gehaltssteigerung als in der Bundesrepublik (7,6 vH) und in Hamburg (6,8 vH).

Ein Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe verdiente 1977 in Berlin durchschnittlich 1 970 DM im Monat, in der Bundesrepublik 2 030 DM und in Hamburg 2 290 DM. Damit lagen die Arbeitereinkommen in Berlin um 3 vH unter dem Bundesniveau und um 14 vH unter dem Hamburgs. Die Berliner Durchschnittslöhne stiegen mit 8,4 vH um 1,3 vH-Punkte stärker als im Bundesdurchschnitt und sogar um 2,9 vH-Punkte schneller als in Hamburg.

Für die Beurteilung der Entlohnung von Arbeitern sind Stundenlöhne ein Maßstab, bei dem im Vergleich zu den Monateinkommen zusätzlich diejenigen Verdienstdifferenzen eliminiert werden, die aus unterschiedlichen Arbeitszeiten resultieren. Der Vergleich der Bruttolöhne je geleistete Arbeiterstunde im verarbeitenden Gewerbe ergibt für Berlin ein deutlich besseres Bild als der von Monatslöhnen: Die Stundenlöhne der Arbeiter lagen 1977 in Berlin mit 14,20 DM um gut 2 vH über denen des Bundes (13,90 DM), aber um fast 11 vH unter dem Niveau in Hamburg (15,90 DM). Gegenüber dem Vorjahr sind die Stundenlöhne in Berlin mit 9,4 vH schneller gestiegen als in Hamburg (8,8 vH) und im Durchschnitt der Bundesrepublik (8,7 vH).

Der in Relation zu den Stundenlöhnen generell geringere Anstieg der Jahreseinkommen der Arbeiter

ist Folge kürzerer Arbeitszeit: Die durchschnittliche Arbeitszeit nahm 1977 gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 0,9 vH, im Bundesgebiet um 1,6 vH und in Hamburg um 2,4 vH ab. Im interregionalen Vergleich liegt die geleistete Arbeitszeit je Arbeiter in Berlin unter dem Durchschnittswert der Vergleichsregionen; im Jahre 1977 betrug der Abstand gegenüber dem Bundesgebiet 4,7 vH, gegenüber Hamburg 3,5 vH.

Tendenzen 1978

Über die Einkommensentwicklung im Jahre 1978 stehen bisher nur wenige, zudem weitgehend unstrukturierte Daten zur Verfügung. Auf der Basis der Informationen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — sie liegt für Berlin nur für drei Quartale, für Hamburg überhaupt noch nicht vor — ist damit zu rechnen, daß sich die Einkommen von Berlin und Bund im Jahre 1978 nivelliert haben. Von ausschlaggebender Bedeutung dürfte dabei die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe gewesen sein, für das jeweils bereits Jahresdaten zur Verfügung stehen: In diesem Bereich liegt Berlin gegenüber dem Bundesgebiet jetzt um gut 1 vH zurück; der Rückstand gegenüber Hamburg hat sich auf 14 vH vergrößert. Zu bedenken ist allerdings, daß die Rechnung durch die erstmalige Einbeziehung der Betriebe des produzierenden Handwerks leicht gestört sein könnte³.

Einen detaillierten Vergleich der Einkommensentwicklung im Jahre 1978 und die Analyse der Bestimmungsründe für Veränderungen in der Berliner Einkommensposition lassen die Daten erst im Herbst dieses Jahres zu.

³ In den Angaben für 1978 ist die systematische Abgrenzung gegenüber den Analysedaten für 1977 geändert: Hier werden auch Betriebe des produzierenden Handwerks erfaßt, soweit sie 20 und mehr Beschäftigte haben.

— Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 10. 5. 1979 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks †, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Peter Ring

Zur Abhängigkeit der Wirtschaftszweige in der Bundesrepublik Deutschland von Mineralölimporten
bearbeitet von Detlef Filip und Renate Filip-Köhn.

Löhne und Gehälter in Berlin (West) bearbeitet von Klaus-Peter Gaulke.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.

Dr. Manfred Liebrucks

Abteilungsleiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ist am 14. April 1979 im Alter von 53 Jahren nach schwerer Krankheit unerwartet verstorben.

Manfred Liebrucks hat dem Institut seit 1956 angehört. Von Anfang an bildeten Fragen des internationalen und des deutschen Bergbaus und der Energiewirtschaft sein Arbeitsgebiet. Aufgrund seiner hervorragenden Leistung wurde er Ende 1959 mit der Aufgabe betraut, als Generalsekretär für die organisatorische und wissenschaftliche Koordinierung der „Energie-Enquete“ zu sorgen. Diese „Untersuchung über die Entwicklung der gegenwärtigen und zukünftigen Struktur von Angebot und Nachfrage in der Energiewirtschaft der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaus“ war vom Deutschen Bundestag an die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute in Auftrag gegeben worden, nachdem sich 1958 zum ersten Mal krisenhafte Tendenzen im Steinkohlenbergbau bemerkbar gemacht hatten. Mit der verantwortlichen Beteiligung an diesem großen Forschungsprojekt hat sich Manfred Liebrucks das Fundament seiner wissenschaftlichen Arbeit geschaffen.

1964 wurde Manfred Liebrucks zum Leiter der Abteilung Bergbau und Energiewirtschaft im Institut berufen. In die Zeit danach fällt der Ausbau einer leistungskräftigen Forschungsgruppe auf dem energiewirtschaftlichen Sektor; hinzu kam — in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover — der Aufbau eines Teams zur Erforschung von Angebot und Nachfrage bei den übrigen mineralischen Rohstoffen.

Unter seiner Leitung hat die Abteilung Bergbau und Energiewirtschaft weltweites Ansehen erlangt. Ihre Untersuchungen sind für unser Land unentbehrliche Voraussetzung einer rationalen, integrierten Energiepolitik; die Forschungsergebnisse bei den anderen mineralischen Rohstoffen werden schon bald ähnlich praktisch-politische Bedeutung beanspruchen können.

Die wissenschaftliche Arbeit von Manfred Liebrucks fand Ausdruck in einer Vielzahl fachlicher Veröffentlichungen; dies nicht nur in den Publikationen des Instituts, sondern vor allem auch in den zusammen mit der BGR herausgegebenen viel beachteten Rohstoff-Monographien, daneben in zahlreichen Vorträgen hier und im Ausland. Die Berufungen zum Kuratoriumsmitglied der BGR und in den Vorbereitungsausschuß für die Weltenergiekonferenz 1980 in München weisen auf seine überall anerkannte Kompetenz hin.

Manfred Liebrucks war unser guter Freund und Kollege. Die Entwicklung und das Wohl der einzelnen Mitarbeiter lagen ihm ebenso am Herzen wie das Schicksal des Instituts. Stets hat er sich voll eingesetzt. Manfred Liebrucks wird uns fehlen.

**Für das Kuratorium, den Vorstand, die Mitarbeiter
und die Freunde des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp**